

NiedersachsenMetall gibt Konjunkturausblick: „Metall- und Elektroindustrie erwartet verheerenden Stellenverlust im Zuge von Corona – 60.000 Arbeitsplätze in Gefahr.“

Hannover – 09. Juli 2020. Die Corona-Pandemie stellt die niedersächsische Metall- und Elektroindustrie vor nie gekannte existentielle Herausforderungen. Das ergab eine Umfrage der Arbeitgeberverbände, an der sich 814 Unternehmen, schwerpunktmäßig aus der Industrie, aber auch aus Handel und Dienstleistungen, beteiligt haben.

Die Umsätze in der Metall- und Elektroindustrie liegen derzeit im Schnitt rund 40 % unter dem Vorjahresniveau. Etliche Unternehmen fahren mit weniger als 50 % Auslastung. 75 % der Unternehmen gehen sogar davon aus, dass sich die Auftragslage im zweiten Halbjahr noch einmal verschlechtern wird.

Anhand der Ergebnisse wird deutlich, dass die große Mehrheit der Unternehmen das Jahr 2020 bereits abgehakt hat. Als Folge weiterer ausbleibender Aufträge ist eine Zuspitzung der Krise im Maschinenbau im Herbst wahrscheinlich. Entsprechend erwartet das Gros der Unternehmen keine Belebung der Konjunktur vor Jahresmitte 2021. Angesichts dessen, dass sich die Liquiditätslage der Betriebe im Herbst verschärfen wird, gilt mehr denn je die Maxime „Cash is King“. Staatliche Überbrückungshilfen in Form von Zuschüssen sind dafür dringend notwendig.

Zudem haben die Liquiditätsengpässe erhebliche personelle Anpassungsmaßnahmen zur Folge: 90 % der Industriebetriebe und der Betriebe in Handel und Gastronomie ersetzen freiwerdende Stellen derzeit nicht. Gemäß der Umfrageergebnisse werden die meisten Unternehmen auch 2021 daran festhalten. Jedes dritte Industrieunternehmen plant im Jahr 2020 darüber hinaus betriebsbedingte Kündigungen.

„Wir erwarten, dass dieses Jahr etwa 30.000 Stellen verloren gehen, zu einem größeren Teil als Folge der Nicht-Wiederbesetzung von freiwerdenden Stellen, aber auch als unmittelbare Folge von Entlassungen. Wir gehen nach derzeitigem Stand für 2021 von einem weiteren Stellenverlust in ähnlicher Größenordnung aus“, resümiert Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeberverbände Niedersachsen.

Schmidt kommt weiterhin zu der Schlussfolgerung, dass ab Herbst eine Insolvenzwelle zu erwarten ist und diese sich auf den Arbeitsmarkt durchschlagen wird. Er mahnt davor, dass die gegenwärtige Ruhe trügerisch ist. „Was mich in besonderer Weise umtreibt ist der Umstand, dass wir es vielfach mit echten Strukturanpassungen zu tun haben, die eine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins südosteuropäische Ausland zur Folge haben. Diese Arbeitsplätze sind unwiederbringlich weg.“

Schmidt stellt abschließend konkrete Forderungen an die Politik, um der beispiellosen wirtschaftlichen Situation entgegenzuwirken und die Standortattraktivität zu fördern: „Aus unserer Sicht ist jetzt alles dafür zu tun, die Pferde wieder zum Saufen zu bringen, d.h. aus unserer Sicht aber nicht nur durch eine reine Nachfragepolitik, sondern vor allem über steuerliche Maßnahmen, die den Unternehmen wieder neue Kraft geben, zu investieren und am Standort zu bleiben. Hier halten wir eine deutliche Ausweitung des steuerlichen Verlustrücktrags für zwingend, die komplette

Abschaffung der EEG-Umlage, die Senkung der Körperschaftssteuer und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Wichtig ist vor allem das hiervon ausgehende psychologische Signal an die Wirtschaft.“

Wichtig sei jetzt ein ganz kräftiges politisches Signal an die Unternehmen, das hilft, die angeknackste Psychologie in großen Teilen der Wirtschaft zu stabilisieren. Schmidt: "Der Dachstuhl brennt bereits lichterloh, es ist jetzt nicht die Zeit für ideologische Umverteilungsdebatten. Es steht nicht weniger als die Zukunft unseres Landes als Industriestandort auf dem Spiel. Daher kann die Antwort der Politik jetzt nur lauten: "Ja, wir haben verstanden!" Wann, wenn nicht jetzt?"

Dr. Joachim Algermissen
Pressesprecher

Tel.: 0511 8505 287
Mobil: 0176 206 564 17
Fax: 0511 8505 201
algermissen@niedersachsenmetall.de
www.niedersachsenmetall.de